

Beschlußempfehlung und Bericht **des Innenausschusses (4. Ausschuß)**

zu dem Antrag der Fraktion der SPD
— Drucksache 12/2939 —

Bürgerkriegsflüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina

A. Problem

Die Fraktion der SPD begehrt mit ihrem Antrag eine Entschließung des Deutschen Bundestages, in der gefordert wird, Bürgerkriegsflüchtlingen aus Bosnien-Herzegowina aus humanitären Gründen vorübergehend Zuflucht in der Bundesrepublik Deutschland nach der auf der Innenministerkonferenz vereinbarten Bleiberechtsregelung zu gewähren. Voraussetzung dafür sei, die Einreise nicht zu erschweren. Die Bundesregierung solle daher aufgefordert werden, den Flüchtlingen aus Bosnien-Herzegowina an der Grenze Sichtvermerke zum vorläufigen Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland zu erteilen.

Zudem wird gefordert sicherzustellen, daß deutsche Grenzbehörden sich entsprechend den Vereinbarungen der Innenministerkonferenz verhielten. Das heiße auch, Flüchtlingen aus Bosnien-Herzegowina die Einreise nicht zu verwehren, wenn sie schriftliche Einladungen und Versorgungszusagen von Verwandten etc. vorweisen könnten.

Die Bundesregierung solle aufgefordert werden, sich bei ihren europäischen Partnern weiterhin mit allem Nachdruck für eine gemeinsame Kontingentregelung einzusetzen.

Sie solle zudem aufgefordert werden, dafür Sorge zu tragen, daß Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem Asylverfahren herausgenommen und daß die Länder bei der Aufnahme dieser Flüchtlinge entlastet würden.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags der Fraktion der SPD.

Annahme der aus der anliegenden Beschlußempfehlung ersichtlichen Entschließung der Koalitionsfraktionen.

Mehrheit im Ausschuß**C. Alternativen**

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

I. den Antrag der Fraktion der SPD — Drucksache 12/2939 — abzulehnen,

II. folgende EntschlieÙung anzunehmen:

1. Der Deutsche Bundestag betrachtet mit Besorgnis die Entwicklung im ehemaligen Jugoslawien. Er ist zutiefst betroffen, daß alle bisherigen Bemühungen um eine Beendigung des blutigen Konflikts erfolglos geblieben sind und die mörderische Vernichtungsmaschinerie unaufhaltsam voranschreitet.
2. Der Deutsche Bundestag warnt eindringlich davor, in den Bemühungen um eine Beendigung des Konflikts nachzulassen und fordert die Bundesregierung auf, ihre Anstrengungen, dem Blutvergießen ein Ende zu setzen, zu verstärken. Nur die Beendigung des Konflikts kann auch das Elend und die Not der Menschen in den Krisengebieten des ehemaligen Jugoslawien beenden und die anhaltende massive Fluchtbewegung stoppen.
3. Der Deutsche Bundestag anerkennt die Bemühungen der Bundesregierung, durch massive humanitäre Hilfen vor Ort die Situation der Menschen in den Krisengebieten des ehemaligen Jugoslawien, soweit möglich, zu verbessern.
4. Der Deutsche Bundestag begrüßt das Bemühen der Bundesregierung, hier auch durch eine flexible Aufnahmepolitik im Rahmen des Möglichen zu helfen.
5. Der Deutsche Bundestag dankt den Ländern für ihre großartige Aufnahmebereitschaft, die diese durch eine besondere Aufnahmeaktion von rund 10 400 hilfsbedürftigen Personen aus Bosnien-Herzegowina, vorwiegend Frauen und Kinder, unlängst unter Beweis gestellt haben.
6. Der Deutsche Bundestag anerkennt in hohem Maße auch die im Beschluß der Innenminister/-senatoren der Länder vom 22. Mai 1992 dokumentierte Bereitschaft, verwundete und kranke Menschen aus Bosnien-Herzegowina im Bundesgebiet aufzunehmen, sofern deren medizinische Versorgung vor Ort nicht erfolgen kann.
7. Der Deutsche Bundestag hält eine gesamteuropäische Kontingentlösung für dringend erforderlich. Dies gilt gerade in Anbetracht der bevorstehenden Freilassung von Tausenden von Gefangenen aus serbischen Lagern, die derzeit zur Auflösung anstehen.
8. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung daher auf, ihren Appell gegenüber den anderen europäischen

Staaten zu verstärken und mit Nachdruck auf eine gesamt-europäische Lösung der Aufnahmefrage zu dringen. Hier ist eine solidarische Antwort gefordert.

Bonn, den 14. Oktober 1992

Der Innenausschuß

Hans Gottfried Bernrath
Vorsitzender

Meinrad Belle
Berichterstatter

Dr. Burkhard Hirsch

Jochen Welt

Bericht der Abgeordneten Meinrad Belle, Dr. Burkhard Hirsch und Jochen Welt

I.

Der Antrag auf Drucksache 12/2939 wurde in der 110. Sitzung des Deutschen Bundestages am 8. Oktober 1992 an den Innenausschuß federführend und an den Auswärtigen Ausschuß zur Mitberatung überwiesen.

Der Auswärtige Ausschuß hat den Antrag der Fraktion der SPD in seiner 44. Sitzung beraten. Er hat den federführenden Innenausschuß gebeten zu prüfen, inwieweit sein Inhalt durch inzwischen eingetretene Entwicklungen noch gültig sei, und entsprechend zu aktualisieren.

Der Beschluß ist einstimmig ergangen.

II.

Der Innenausschuß hat den Antrag in seiner 41. Sitzung am 14. Oktober 1992 beraten und mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen, gegen die Stimmen der Fraktion der SPD beschlossen, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags der Fraktion der SPD zu empfehlen. Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der SPD hat er beschlossen, dem Deutschen Bundestag die Annahme des aus der Beschlußempfehlung ersichtlichen Entschließungsantrags der Koalitionsfraktionen zu empfehlen.

Die Ablehnung des Antrags der Fraktion der SPD wurde seitens der Koalitionsfraktionen wie folgt begründet: Der Antrag der Fraktion der SPD habe sich

weitgehend durch Zeitablauf erledigt. Die Bundesregierung habe inzwischen umfangreiche Hilfsmaßnahmen eingeleitet. Nach Bosnien seien 98 Mio. DM geflossen. Eine Luftbrücke sei errichtet. Der Aufwand der Bundesrepublik Deutschland belaufe sich im Augenblick auf über 200 Mio. DM. In der Bundesrepublik Deutschland befänden sich 220 000 Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien. Zum Thema Visaerteilung wurde dargelegt, in der Zeit von Mai bis August 1992 seien insgesamt 30 000 Visaerteilungen festzustellen. Man appelliere auch an andere Staaten, Bürgerkriegsflüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina aufzunehmen.

Seitens der Fraktion der SPD wurde zu dem Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen erklärt, man teile zwar die in dem Entschließungsantrag ausgedrückte Besorgnis und schließe sich der Aufforderung an, sich hinsichtlich der Beendigung des Konflikts stärker zu engagieren. Die Fraktion der SPD fordere die Bundesregierung jedoch auf, sich intensiver um eine Verbesserung der Situation der Menschen in den Krisengebieten des ehemaligen Jugoslawien zu bemühen und dies nicht auf den humanitären Einsatz zu beschränken. In Richtung auf andere europäische Staaten müßten die Bemühungen um gemeinsame Kontingentregelungen verstärkt werden. Der Antrag der Fraktion der SPD gehe davon aus, daß man den Vereinbarungen der Innenministerkonferenz nachkomme und entsprechende Visaregelungen treffen müsse. Bemängelt werde zudem, daß die Thematik „Herausnahme der Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem Asylverfahren“ in dem Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen nicht angesprochen werde.

Bonn, den 14. Oktober 1992

Meinrad Belle
Berichterstatler

Dr. Burkhard Hirsch

Jochen Welt

